

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 35. Ratssitzung vom 17. Dezember 2014

### 577. 2014/280 Weisung vom 10.09.2014: Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 34, Beschluss-Nr. 577/2014).

Beschlüsse:

#### Antrag 314.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** Der Verein gibt an, dass seine Finanzlage sehr gut sei. Es wurde eine interne Kommission ins Leben gerufen, um mehr Geld und Spenden sammeln zu können. Der Gründungsgedanke des Vereins war gesellschaftskritisch und baute auf die Solidarität der Zivilbevölkerung. Wir möchten einen wichtigen Input für die finanzielle Unabhängigkeit leisten und beantragen deshalb die Streichung der städtischen Unterstützung.

**Felix Moser (Grüne):** Es geht um den Verein Speak-Out Club. Es handelt sich um einen Gassentreff an der Häringstrasse im Kreis 1. Der Verein ist ein sinnvolles Angebot für Menschen am Rand der Gesellschaft. Er wird fast ausschliesslich von Freiwilligen geführt und die Mehrheit der RPK bittet Sie, keine Kürzungen vorzunehmen.

S. 350	55 5500 3650 0363	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Speak-Out Club				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
314.	Antrag Stadtrat			28 700	28 700 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			28 700		0 Minderheit	Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Verein soll sich gänzlich über Spenden finanzieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 315.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Peter Schick (SVP):** *Es geht um den Beitrag an die Plattform Networking for Jobs. Die SVP und FDP beantragen die Streichung des Beitrags. Es gibt bereits so viele ineffiziente Angebote, staatliche Strukturen sind bereits vorhanden. Auf dieser Plattform werden unter Anderem auch Deutschkurse in verschiedenen Varianten angeboten. Auch hierzu gibt es bereits viele Angebote für Deutschkurse in Verbindung mit arbeitsrelevanten Fragen. Es wird klar ein Überangebot subventioniert. Diese Plattform soll sich privat finanzieren können. Erst recht in einer Zeit knapper werdender Geldmittel.*

**Felix Moser (Grüne):** *Die Plattform unterstützt Schweizer Rückwanderer und Zuzuwanderer, um in der Schweiz eine Arbeit zu finden. Das Programm richtet sich in erster Linie an Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschlüssen und bietet Unterstützung bei adäquaten Arbeitsstellen.*

S. 350	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0375</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Plattform Networking for Jobs</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>315.</b>	Antrag Stadtrat			49 500	49 500 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
					0 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Bereits zu viele ineffiziente Angebote, staatliche Strukturen sind schon vorhanden		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu.

3 / 46

Antrag 316.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Nina Fehr Düsel (SVP):** Die Zürcher Frauenzentrale ist aus der Frauenrechtsbewegung in den sechziger Jahren hervorgegangen. Heute haben sich die Bedürfnisse geändert. Es gibt auch Angebote seitens Privater. Auch die Frauenliteraturbibliothek wurde immer weniger genutzt. Dies wird von der Frauenzentrale anerkannt. Dieser Betrag kann eingespart werden.

**Felix Moser (Grüne):** Auf der Website der Zürcher Frauenzentrale steht, dass das hundertjährige Jubiläum gefeiert wurde. Sie ist also vor den 60er Jahren entstanden. Sie leistet wichtige Öffentlichkeitsarbeit, informiert die Bevölkerung und es gibt diverse Projekte, welche die Mehrheit der RPK als sinnvoll erachtet.

S. 350	55 5500 3650 0443	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Zürcher Frauenzentrale				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
316.	Antrag Stadtrat				6 000	Mehrheit
			6 000		0	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Überflüssiges Angebot			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 317.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** Es gibt zahlreiche staatliche oder vom Staat unterstützte Präventionsstellen. Dies fördert die Ineffizienz und mindert die Übersicht über die Angebote. Dies ist nicht sinnvoll. Eine Konzentration des Fachwissens ist wirkungsvoll. Durch eine übersichtliche Struktur im Beratungsangebot wissen die Opfer, wohin sie sich im Notfall wenden müssen. Der Verein Limitia steht nicht einmal auf der Website der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren, auf welcher diese Beratungsstellen zusammengefasst

aufgeführt sind. Dies ist ein markantes Zeichen. Eine Streichung des Betrags führt somit zu einer Steigerung der Effizienz des Beratungsangebots.

**Felix Moser (Grüne):** Der Verein Limitia bietet Prävention vor sexueller Ausbeutung junger Mädchen und Jungen sowie von Menschen mit Behinderungen. Die Mehrheit der RPK erkennt nicht, dass es zu viele diesbezügliche ineffiziente Angebote gibt.

S. 350	55 5500 3650 0450	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Verein Limitia				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
317.	Antrag Stadtrat			44 200	44 200 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
					0 Minderheit	Martin Bürliemann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
		Begründung:	Bereits zu viele ineffiziente Angebote, staatliche Strukturen sind schon vorhanden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu.

### Antrag 318.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Peter Schick (SVP):** Es geht um einen freien Kredit für Frauenprojekte. Die SVP und FDP stellen den Antrag zur Streichung des gesamten Betrags. Der Betrag wurde gegenüber 2014 bereits halbiert. Es wurde gesagt, dass es nur noch wenige Projekte gibt, die sich ausschliesslich auf diese Zielgruppe spezialisieren. In der Rechnung 2013 belief sich der Betrag auf Fr. 3000.– Dies sagt aus, dass eine vollständige Streichung des Betrags möglich ist. Auch hier gibt es zu viele und teilweise ineffiziente Angebote.

**Felix Moser (Grüne):** Es handelt sich um einen freien Kredit, der für Frauenprojekte genutzt werden kann. Dieser wurde in diesem Budget bereits halbiert. Die jährliche Nutzung variiert und hängt von den eingegangenen Gesuchen ab.



5 / 46

S. 350	55 5500 3650 0460	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Freier Kredit für Frauenprojekte</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
318.	Antrag Stadtrat				25 200	Mehrheit
			25 200		0	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Streichung, bereits zu viele ineffiziente Angebote			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 319.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Aufgrund der finanziell angespannten Lage in der Stadt sind wir der Ansicht, dass die gesamten Ausgaben für den Verein Mannebüro gestrichen werden sollen. Wir sind der Meinung, dass es sich um ein überflüssiges, ideologisch geprägtes Angebot handelt, das zum Ziel hat, die Geschlechter gleich zu machen und dass Vorurteile gegenüber Männern geschürt werden. Männer, die Opfer weiblicher Gewalt wurden, werden vom Verein nicht erwähnt. Männer, die Opfer von weiblicher Sexsucht werden, werden ebenso wenig erwähnt. Offenbar geht es bei dieser Beratungsstellen um Vorannahmen, die statistisch begründet werden können, aber im Einzelfall nicht zutreffen müssen.

**Felix Moser (Grüne):** Es sollen offensichtlich nicht nur Frauen-, sondern auch Männerprojekte gekürzt werden. Das Mannebüro setzt sich für gewaltfreie Konfliktlösungen ein und berät gewalttätige Männer, von denen es mehr gibt, als gewalttätige Frauen. Das Mannebüro unterstützt damit die Gleichstellung von Männern und Frauen.

S. 350	55 5500 3650 0480	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Verein Mannebüro</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen

6 / 46

<b>319.</b>	Antrag Stadtrat	49 500	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		49 500	0 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung: Überflüssiges Angebot, Auflösung der Männerrollen-Bilder ist nicht notwendig			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 320.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Samuel Dubno (GLP):** Die Minderheit der AL zieht sich zurück, weil die Fr. 60 000.–, die gekürzt werden sollen, von der Opferhilfe des Kantons übernommen werden.

S. 350	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0505</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Verein Pinocchio</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>320.</b>	Antrag Stadtrat				262 400	Minderheit
			60 000		202 400	Mehrheit
						Enthaltung
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent Samuel Dubno (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	Begründung: Gemäss Antworten kein Mehrbedarf					

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 124 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 321.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Auch hier sind wir aufgrund der angespannten Finanzlage der Stadt der Ansicht, dass die Ausgaben vollständig gestrichen werden können. Wir sind der Meinung, dass in diesem Bereich keine innovativen Pilotprojekte oder Starhilfen notwendig sind, da dieser Bereich bereits übermässig vom Staat gefördert wird.

**Felix Moser (Grüne):** Die Mehrheit ist der Meinung, dass dieser Betrag sinnvoll ist. Es werden innovative Pilotprojekte oder spezifische Investitionen für beratende Unterstützung für neue Kinderkrippen gesprochen.

S. 351	55 5500 3650 0515	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Starhilfen und projektgebundene Beiträge im Frühbereich				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
321.	Antrag Stadtrat				263 000	Mehrheit
			263 000		0	Minderheit
			Begründung:	Im KITAG-Bereich benötigt es keine neuen, innovativen Projekte und somit braucht es diese Ausgaben nicht		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 322.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Peter Schick (SVP):** Es geht um Beiträge an Deutschkurse mit Kinderbetreuung. Die SVP beantragt die Kürzung des Budgets um Fr. 600 000.–. Das Budget setzt sich zusammen aus Fr. 896 000.– für die Mitfinanzierung der Stiftung und Fr. 40 000.– für individuelle Vergünstigungen. Die Kursteilnehmer sollen höhere Beträge zahlen. Es handelt sich um eine Angebotsübersättigung. Kurse sollen von der Stadt nur minimal ausgeführt werden. Ansonsten soll dies von Privaten kostendeckend übernommen werden. Es sollen auch keine individuellen Vergünstigungen gezahlt werden. Wer 70 % der Lektionen

*besucht, soll derzeit 50 % der Kurskosten sowie sämtliche Auslagen für die Lehrmittel und die Kinderbetreuung zurückerstattet bekommen. Man soll die Menschen nicht mit Belohnungen ködern, damit sie kommen. Es soll Pflicht sein, Deutsch zu lernen und keine Belohnung. Wer sich hier aufhält, soll Deutsch können. Wir beantragen die Kürzung um Fr. 600 000.– Darin enthalten sind auch die Vergünstigungen. Die Attraktivität der Stadt für schlecht ausgebildete Ausländer muss reduziert werden.*

**Felix Moser (Grüne):** *Es geht um eine Weisung, die wir heute voraussichtlich noch besprechen werden. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass die Unterstützung der Deutschkurse mit Kinderbetreuung sehr sinnvoll ist.*

S. 351	<b>55</b> 5500 3650 0530	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an Deutschkurse mit Kinderbetreuung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>322.</b>	Antrag Stadtrat				936 000	Mehrheit
			600 000		336 000	Minderheit
			Begründung:	Attraktivität für schlecht ausgebildete Ausländer muss reduziert werden. Kursteilnehmer sollen höhere Beiträge zahlen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.

### Antrag 323.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** *In der Stadt gab es eine Abstimmung, in der fast 70 % der städtischen Bevölkerung ein breites Angebot ausserfamiliärer Kinderbetreuung ab dem Säuglingsalter bis zum Ende der Schulzeit befürwortete. Dieses Angebot soll breit gefächert sein, qualitativ gut ausgestattet, so dass die Kinder individuell gefördert werden können. Dies braucht es, damit Familie und Beruf miteinander vereinbar sind. Es kann eine ökonomische Notwendigkeit sein, dass beide Elternteile arbeiten müssen. Selbstverständlich wollen wir keine Schlüsselkinder. Es ist gut für die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Sind die Kinder gut betreut, werden sie kognitiv, sozial und sprachlich gefördert. In der Stadt gibt es noch immer eine lange Warteliste.*



*Viele Eltern melden ihr Kind lange vor der Geburt desselben in einer Krippe an, um im entscheidenden Moment einen Platz zu erhalten. Es ist nicht tragbar, wenn der Ausbau der Kinderbetreuung verlangsamt wird. Wir haben den Auftrag vom Volk erhalten und noch nicht umgesetzt. Wir arbeiten bei einer Kürzung gegen die Gleichstellung und gegen die Wirtschaft. Wenn ein Unternehmen in die Stadt kommt, wird zunächst gefragt, ob es genug Kinderbetreuungsmöglichkeiten gibt. In vielen anderen Industrieländern ist die Kinderbetreuung viel weiter ausgebaut, für internationale Unternehmen ist die Existenz derselben klar. Diverse Studien zeigen, dass ein in die Kinderbetreuung investierter Franken für die Stadtkasse drei bis vier Franken Ertrag generiert, weil dadurch das Einkommen und der Konsum sowie die Steuern steigen und die Sozialausgaben sinken. Diese eine Million Franken, die durch diesen Antrag zusätzlich bewilligt wird, würde schlussendlich drei bis vier Millionen Franken in die Stadtkasse spülen. Leider konnte keine Mehrheit überzeugt werden. Wir ziehen somit unseren Antrag zurück, um wenigstens den Antrag des Stadtrats unterstützen zu können.*

**Andreas Egli (FDP):** *Im Jahr 2001 wurden auf diesem Konto Fr. 25 000 000.– bewilligt. In den Jahren zuvor waren es lediglich Fr. 4 000 000.– jährlich. Bis zum Jahr 2007 wurden Fr. 25 000 000.– gezahlt, danach wurde der Beitrag auf Fr. 31 100 000.– erhöht. 2013 wurden dafür bereits Fr. 60 000 000.– aufgewendet. Die FDP ist der Ansicht, dass dadurch die Obergrenze erreicht sein sollte. Die Normen und der Stand von 2013 sollten ausreichen. Es wird offensichtlich mit der Giesskanne subventioniert. Wenn ich als Scheidungsanwalt sehe, dass Eltern nicht arbeiten, ihre Kinder aber dennoch in subventionierten Krippenplätzen unterbringen, dann wirft dies Fragen am System auf. Deshalb ist das Budget auf den Stand 2013 zu reduzieren.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Bei der Betrachtung der jährlichen horrenden Kosten für die Kinderbetreuung und Kindertagesstätten, die sich auf beinahe sieben Millionen Franken belaufen, stellen sich mindestens drei Fragen. Erstens kann man sich fragen, ob es gerecht und fair ist, heute auf Kosten der Nachkommenden zu leben. Zweitens stellt sich die Frage, ob es nicht asozial ist, masslos zu konsumieren und die entstandenen Schulden den Kindern und Jungen zu vererben, und drittens, ob auch Stadtrat Raphael Golta den schädlichen Weg bei der Kinderbetreuung erkannte. Es ist nämlich auch der Plan des Stadtrats, das Wachstum der Ausgaben bei der Kinderbetreuung zu verlangsamen, er scheint jedoch zu einer echten Korrektur nicht fähig zu sein. Die Kosten sind massiv gewachsen. Jedoch ist auch für uns unbestritten, dass gewisse Familien auf Kinderkrippen angewiesen sind. Dies sollte sich jedoch in einem vernünftigen Rahmen bewegen. Das Angebot wird jedoch bald nicht mehr finanzierbar sein, woraufhin die Strukturen zusammenbrechen werden. Damit ist niemandem gedient. Mit der jetzigen Politik verlieren die heutigen Steuerzahlenden und die Jungen. Gewinner ist die linke Sozialindustrie und ihre Günstlinge. Deshalb beantragt die SVP zum Wohl der Allgemeinheit eine Verbesserung des Budgets um Fr. 20 000 000.–.*

**Christian Traber (CVP):** *Wir beantragen, dem Antrag des Stadtrats zu folgen. Wir sind damit einverstanden, dass der moderate Ausbau abgebremst wird. Wir investieren in die Zukunft und die nachfolgende Generation. Nichtsdestotrotz folgen wir der Meinung des Stadtrats, derzufolge im Ausbau Mass gehalten werden und damit der finanziellen Situa-*

tion der Stadt Rechnung getragen werden muss.

Weitere Wortmeldung:

**Rebekka Wyler (SP):** Die Mehrheit der SP ist mit der Politik ihres eigenen Stadtrats nicht ganz einverstanden. Wir hätten uns gewünscht, dass der Ausbau wie geplant vorangetrieben werden kann. Inhaltlich kann ich mich dem Votum von Katharina Prelicz-Huber anschliessen. Wir stimmen mit dem Stadtrat.

S. 351	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0660</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Betreuungsbeiträge für Eltern mit Kindern in vorschulischen Kindertagesstätten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>323.</b>	Antrag Stadtrat				66 540 300	Minderheit 1 Christian Traber (CVP) Referent, Samuel Dubno (GLP)
			6 500 000		60 040 300	Minderheit 2 Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP)
			20 000 000		46 540 300	Minderheit 3 Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
				1 000 000	67 540 300	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Grüne/SP/AL: Keine Verlangsamung des Ausbaus subventionierter Krippenplätze; FDP: Zurück auf Normen und Stand von 2013 (siehe STRB 363/2013), positive Anreize für Eigeninitiative steigern; SVP: Kosten sind exponentiell gestiegen, soziales und finanzielles Fiasko zurückfahren			

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(66 540 300)	81 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(60 040 300)	21 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(46 540 300)	<u>22 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 zugestimmt.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 324. und 325.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Auch hier muss die angespannte finanzielle Lage der Stadt berücksichtigt werden. Wir sind der Meinung, dass der Beitrag für soziokulturelle Institutionen um einen Drittel gekürzt werden kann. Auch beim Antrag 325 beantragen wir die Kürzung um einen Drittel. Die Einsparungen sollen bei den Mietkosten für die soziokulturellen Institutionen umgesetzt werden.

**Felix Moser (Grüne):** Es geht um einen Antrag, der durch einen Beschluss des Gemeinderats gestützt wird. Wir können diesen Beschluss nicht umgehen. Die Mehrheit der RPK sieht keine sinnvollen Kürzungsmöglichkeiten und findet diese Angebote und entsprechend auch die damit verbundenen Mietkosten sinnvoll.

Weitere Wortmeldung:

**Mauro Tuena (SVP):** Vor über drei Jahren wurde uns versprochen, dass überprüft wird, ob eine Nachfrage nach Jugendtreffs besteht. Wir haben festgestellt, dass es relativ viele Jugendtreffs gibt, die leer stehen, da sich das Ausgangsverhalten von Jugendlichen rapide geändert hat. Es ist bis heute nichts passiert. Ich verstehe nicht, wann das Sozialdepartement diese Überprüfung angehen will. Wenn dies vom Sozialdepartement bis Anfang Jahr nicht gemacht wird, werden wir dies mit einer Motion fordern und auch eigene Überprüfungen anstellen.

S. 351	55 5500 3650 0900	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an soziokulturelle Institutionen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>324.</b>	Antrag Stadtrat				17 948 100	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			6 000 000		11 948 100	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
						Enthaltung Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Unterstützung der Angebote um 1/3 reduzieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen zu.

---

Antrag 325.

Wortmeldungen siehe Antrag 324.

S. 351	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3913 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Vergütung an IMMO für Raumkosten</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>325.</b>	Antrag Stadtrat				9 945 100	Mehrheit
			3 300 000		6 645 100	Minderheit
						Enthaltung
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP) Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	1/3 der Mietkosten der soziokulturellen Institutionen reduzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 42 Stimmen zu.

---

Antrag 326.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Peter Schick (SVP):** *Es geht um Beiträge an die AOZ für Asylfürsorge und wirtschaftliche Hilfe. Asylfürsorge bekommen Asylsuchende, die sich im laufenden Verfahren befinden. Wirtschaftliche Hilfe bekommen vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge. Gegenüber 2013 wurden weniger Asylfürsorgegelder ausgezahlt, dafür aber mehr für die wirtschaftliche Hilfe. Gegenüber 2014 werden nochmals Fr. 2 000 000.– zusätzlich budgetiert. Die Stadt muss gezwungen werden, weniger Asylanten aufzunehmen. Sie muss in dieser Hinsicht weniger attraktiv werden und den Vollzug konsequent durchsetzen. Personen müssen durch die Gemeinschaft zur Arbeit gezwungen und nicht verwöhnt werden. Wirtschaftsflüchtlinge sollen keine Unterstützung erhalten, sondern möglichst rasch ausgeschafft werden. Nur echten Flüchtlingen soll ein minimaler Betrag ausgezahlt werden.*

**Felix Moser (Grüne):** Was Asylfürsorge und wirtschaftliche Hilfe ist, wurde bereits erklärt. Die Stadt kann diese Gelder nur bedingt beeinflussen. Wir können nur beschränkt bestimmen, wie viele Asylsuchende wir aufnehmen.

S. 351	55 5500 3660 0350	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge AOZ: Asylfürsorge und Wirtschaftliche Hilfe				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
326.	Antrag Stadtrat				0 Mehrheit 10 784 800 N	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			5 400 000		5 384 800 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Bis zu 50 % Weggewiesene. Vollzug konsequent durchsetzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu.

### Antrag 327.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** Die Personalkosten sind aus dem Ruder gelaufen. Auf 400 000 Einwohnende kommen 28 000 Personen, die für die Stadt arbeiten. Bereits heute besitzt jeder 14. Einwohner der Stadt einen eigenen Stadtangestellten. Es mutet surreal an, dass der Stadtrat den Personalausbau weiter vorantreibt. Durch Prozessoptimierungen und den Verzicht auf neue Projekte können mindestens 10 % des Personals eingespart werden. Abgänge sollen nicht neu besetzt werden, somit sind Entlassungen nicht notwendig.

**Felix Moser (Grüne):** Meines Wissens handelt es sich um 22 000 Vollzeitstellen. Der Support Sozialdepartement bringt IT-Leistungen für das ganze Sozialdepartement. Diese sind wichtig und es ist ausgewiesen, dass wir die Angestellten brauchen.

Weitere Wortmeldung:

**Samuel Balsiger (SVP):** Auf der Internetseite der Stadt Zürich steht, dass 28 318 Personen für die Stadt arbeiten. Es geht somit um Personen, nicht um Vollzeitstellen. Es ist nicht weniger surreal, dass auf 20 Einwohner eine Vollzeitstelle in der Stadt beschäftigt

14 / 46

wird.

S. 353	<b>55</b> <b>5510</b> <b>3010 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Support Sozialdepartement</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>327.</b>	Antrag Stadtrat				12 439 300	Mehrheit
			1 243 900		11 195 400	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Reduktion Personal		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 328.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** *Aufgrund der Listenkürzung passen wir den Betrag an. Die Finanzlage ist schlecht. Obwohl die Stadt bereits sehr viele Angestellte hat, wird weiter rekrutiert und es werden Steuergelder ausgegeben. Die Stadt wird finanziell ausgeblutet. Die Prozesse sollten optimiert, die Bürokratie reduziert und es sollte auf neue Projekte verzichtet werden. Dadurch wird weniger Personal benötigt und die Abgänge müssen nicht neu besetzt werden. Dies spart Geld bei der Rekrutierung.*

**Felix Moser (Grüne):** *Es geht um Personalwerbung im Support Sozialdepartement. Es ist unbestritten, dass neue Angestellte rekrutiert werden müssen.*

S. 353	<b>55</b> <b>5510</b> <b>3092 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Support Sozialdepartement</b> <b>Personalwerbung</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen

15 / 46

<b>328.</b>	Antrag Stadtrat	160 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		144 000	16 000	Minderheit Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Einsparungen durchsetzen aufgrund der Finanzlage

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 002. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 144 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 329.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** *Aufgrund der Kürzung in der Liste beantragen wir eine weitere Kürzung um Fr. 25 900.– Die Finanzausgaben sind ausser Kontrolle geraten. Trotz Rekordsteuereinnahmen ist der Stadtrat nicht fähig, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Es ist eine Illusion, anzunehmen, dass es in der Wirtschaft nur aufwärts gehen kann. Die Steuereinnahmen werden zurückgehen oder gar zusammenbrechen. Wir müssen einen Blick in die Vergangenheit oder Zukunft werfen. Es gibt viele fähige Personen unter den städtischen Angestellten. Es ist unverständlich, weshalb etliche Aufträge an Dritte vergeben werden. Mangelndes Vertrauen gegenüber den eigenen Angestellten oder Führungs- und Entscheidungsschwäche seitens des Stadtrats sind mögliche Erklärungsansätze. Wir sind überzeugt, dass es in der Verwaltung viele gute Mitarbeitende gibt und beantragen deshalb eine Plafonierung der Ausgaben für die Dienstleistungen Dritter auf dem Niveau der Rechnung 2013.*

**Felix Moser (Grüne):** *Auf diesem Konto wurde bereits gekürzt, die Mehrheit der RPK findet eine weitere Kürzung nicht sinnvoll.*

S. 354	<b>55</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b>
	<b>5510</b>	<b>Support Sozialdepartement</b>
	<b>3180 0000</b>	<b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>

Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
--------------	------------------	--------	---------

16 / 46

329.	Antrag Stadtrat	101 400	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	25 900	75 500	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Plafonierung Rechnung 2013 aufgrund Finanzlage

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 018. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 25 900 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

### Antrag 330.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** *Wir sind der Ansicht, dass die Lohnkosten um Fr. 330 400.– reduziert werden sollen. Dies entspricht vier befristeten Stellen im Projekt ZLEL Pro für die Jahre 2015 bis 2017. Es handelt sich etwa um 3 % der vorgesehenen Ausgaben für das Verwaltungs- und Betriebspersonal im Amt für Zusatzleistungen. Die Einsparungen sollen durch die Reduktion von Personal, beziehungsweise durch das Herausschieben von Projekten erfolgen, namentlich des Projekts ZLEL Pro. Dies soll durch die längere Nutzung des bestehenden Fallapplikationsprogramms erfolgen.*

**Felix Moser (Grüne):** *Die Applikation ZLEL Pro ist seit rund 20 Jahren in Betrieb und relativ in die Jahre gekommen. Die Mehrheit der RPK findet es sinnvoll, über eine Ablösung nachzudenken.*

S. 355	55 5515 3010 0000	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
330.	Antrag Stadtrat				11 371 600	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)



17 / 46

330 400

11 041 200 Minderheit

Martin Bürliemann (SVP)  
Referent, Dr. Urs Egger  
(FDP), Roger Liebi (SVP),  
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Plafonierung Rechnung 2013. Aufgrund Finanzlage keine zusätzliche Projekte starten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 331.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Ursula Uttinger (FDP):** *Es geht um ein Laufbahnzentrum. Es macht gute Arbeit, aber angesichts der finanziellen Lage muss man sich fragen, was tatsächlich gemacht werden soll. Es ist nicht tragbar, dass mehr gemacht wird, als tatsächlich notwendig ist. Beim Bildungsguide 2015 des Tagesanzeigers steht, dass dieser in Zusammenarbeit mit dem Laufbahnzentrum Zürich erstellt wurde. Es ist fraglich, ob diese Zusammenarbeit notwendig ist. Wenn man sich anschaut, wie viele Artikel vom Laufbahnzentrum geschrieben wurden, dann glaube ich, dass es dort zu viele Angestellte gibt. Es gibt Angebote von Unternehmen, so dass das Laufbahnzentrum Zürich in Konkurrenz zu privaten Anbietern steht.*

**Felix Moser (Grüne):** *Die Mehrheit ist der Meinung, dass das Laufbahnzentrum gute Arbeit leistet. Die Projekte sind sinnvoll und helfen teilweise Jugendlichen, eine Stelle zu finden und zeigen ihnen Wege zum Weiterkommen auf.*

S. 358	<b>55</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b>				
	<b>5520</b>	<b>Laufbahnzentrum</b>				
	<b>3010 0000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>331.</b>	Antrag Stadtrat				10 718 000 Mehrheit - 135 000 N	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			1 500 000		9 083 000 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Vizepräsident Walter Angst (AL)
						Enthaltung

Begründung: Das Laufbahnzentrum bietet heute im Vergleich zu anderen Berufsberatungsstellen Luxuslösungen an, Reduktion der Mitarbeitenden und Dienstleistungen abbauen, insbesondere keine Dienstleistungen mehr für Unternehmen. Dies können auch Private

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 332.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Peter Schick (SVP):** Die SVP zieht den Antrag zurück.

S. 358	<b>55</b> <b>5520</b> <b>3099 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Laufbahnzentrum</b> <b>Übriger Personalaufwand</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>332.</b>	Antrag Stadtrat			10 000	77 000 Mehrheit  67 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Samuel Dubno (GLP)
					Enthaltung	
			Begründung: Plafonierung auf Rechnung 2013			

Peter Schick (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 333.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** Aufgrund der Listenkürzung passen wir den Betrag an. Wenn wir heute die Kommunikation und den Austausch in der Arbeitswelt anschauen, so stellt man fest, dass dieser grösstenteils in digitaler Form stattfindet. Vervielfältigungskosten können stärker reduziert werden, weshalb wir die Verbesserung um Fr. 23 300.– bean-

tragen.

**Felix Moser (Grüne):** Auf diesem Konto fand bereits eine Kürzung statt. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass dies ausreicht.

S. 358	<b>55</b> <b>5520</b> <b>3101 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Laufbahnzentrum</b> <b>Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>333.</b>	Antrag Stadtrat				167 000	Mehrheit
			23 300		143 700	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Verlangsamung mit Werbung		

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 005. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 23 300 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 334.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** Wir passen auch diesen Betrag an und beantragen die Kürzung um Fr. 101 400.– Es wurde bereits oft gesagt, dass es der Stadt finanziell schlecht geht. Verantwortungsvolles Handeln muss oberste Priorität haben. Die Stadt beschäftigt rund 28 000 Personen. Es gibt viele fähige, fleissige und gute Angestellte. Aufgaben können intern gelöst und es kann auf Dienstleistungen Dritter verzichtet werden.

**Felix Moser (Grüne):** Die Mehrheit des Betrags ist für das Projekt Job Plus, das durch den Kanton refinanziert wird. Die Mehrheit der RPK erachtet eine Kürzung als nicht sinnvoll.

S. 359	<b>55</b> <b>5520</b> <b>3180 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Laufbahnzentrum</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>334.</b>	Antrag Stadtrat				1 985 700	Mehrheit
			101 400		1 884 300	Minderheit
						Enthaltung
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Samuel Dubno (GLP)
			Begründung: Reduktion Dienstleistungen, mehr intern lösen			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 018. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 101 400 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

#### Antrag 335.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Bei diesem Antrag geht es um Post- und Telekommunikationsgebühren. Wir sind der Meinung, dass Kürzungen der Ausgaben um Fr. 20 000.– angebracht wären. Die Einsparungen sollen dadurch erfolgen, dass weniger Informationsveranstaltungen durchgeführt werden und beim Versand gespart werden kann. Einsparungen sollen vor allem bei Angeboten für Erwachsene, namentlich bei der Laufbahnberatung erfolgen. Die sogenannte Laufbahnberatung ist von der Berufsberatung abzugrenzen. Bei der Berufsberatung haben wir einen Grundauftrag, der im Berufsbildungsgesetz geregelt ist. Es darf keine Marktverzerrung stattfinden. Angebote der Laufbahnberatung müssen zu marktüblichen Konditionen erfolgen.

**Felix Moser (Grüne):** Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass das Laufbahnzentrum den Auftrag hat, zu informieren und Informationsveranstaltungen durchzuführen. Deshalb sind Kürzungen nicht angebracht.

21 / 46

S. 359	<b>55</b> <b>5520</b> <b>3181 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Laufbahnzentrum</b> <b>Post- und Telekommunikationsgebühren</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>335.</b>	Antrag Stadtrat				68 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			20 000		48 000 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Weniger Informationsveranstaltungen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

### Antrag 336.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** Die Kosten beim Personalaufwand sind aus dem Ruder gelaufen. Wir haben kein Geld, wir müssen sparen. Wir müssen innovativ und wirtschaftlich handeln. Durch Prozessoptimierungen, weniger Bürokratie und den Verzicht auf neue Projekte können mindestens 10 % des Personals eingespart werden. Abgänge sollen nicht neu besetzt werden, weshalb Entlassungen nicht notwendig sind.

**Felix Moser (Grüne):** Es geht um das Personal der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde. Diese Behörde hat sehr viel Arbeit, weshalb eine Reduktion nicht möglich ist.

S. 361	<b>55</b> <b>5530</b> <b>3010 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>336.</b>	Antrag Stadtrat				9 897 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

22 / 46

1 000 000

8 897 000 Minderheit

Martin Bürlimann (SVP)  
Referent, Dr. Urs Egger  
(FDP), Roger Liebi (SVP),  
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Personalabgänge nicht mehr ersetzen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 337.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Peter Schick (SVP):** *Es geht um Fachliteratur und Zeitschriften. Wir beantragen eine Kürzung um Fr. 20 000.– Es wurde im Rahmen dieser Budgetdebatte über die verschiedenen Konten debattiert. Wir haben Internet, jeder hat ein Smartphone oder ein Tablet. Im Internet können diese Zeitschriften und die Fachliteratur kostenlos heruntergeladen werden. Es ist nicht tragbar, dass der Steuerzahler die Zeitschriften und die Fachliteratur für das Stadtpersonal subventioniert oder finanziert.*

**Felix Moser (Grüne):** *Man kann Vieles aus dem Internet kostenlos herunterladen. Die Fachliteratur ist nicht immer kostenlos. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass es sinnvoll ist, wenn sich die Mitarbeitenden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde weiterbilden können und fachlich auf dem neusten Stand sind.*

S. 361 55  
5530  
3102 0000

**SOZIALDEPARTEMENT**  
**Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde**  
**Fachliteratur und Zeitschriften**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
337. Antrag Stadtrat			30 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	20 000		10 000 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Weniger Fachliteratur, Zeitschriften, vermehrt Internet nutzen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 338.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** *Wir ziehen unseren Kürzungsantrag zurück, da die Fr. 10 000.– eingespart wurden.*

S. 362	55 5530 3170 0000	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde</b> <b>Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>338.</b>	Antrag Stadtrat				100 000	Mehrheit
			10 000		90 000	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung:	Plafonierung Rechnung 2013		

Roberto Bertozzi (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 339.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Andreas Egli (FDP):** *Die Minderheit 1 beantragt Einsparungen in der Höhe von Fr. 2 200 000.– Unserer Ansicht nach sollte dieser Betrag im Bereich Karl der Grosse eingespart werden. Ursprünglich handelte es sich dabei um einen Alterstreffpunkt und wurde später zu einem Treffpunkt für Alle umorganisiert. 2010 ging man auf intensive Suche nach einer künftigen Ausrichtung, die 2013 gefunden wurde. Seither nennt sich die Institution Debattenhaus und ist noch immer dem Sozialdepartement unterstellt. Gemäss Homepage sind über 20 Personen, inklusive Lernende und Praktikanten, beim Karl der Grosse angestellt. Wir sehen Einsparungspotential bei der Quartierkoordination, deren Aufgaben sich teilweise mit denjenigen der Quartiervereine decken. Es werden Doppelspurigkeiten aufgebaut. Einsparungen sind somit möglich.*

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** Wir sind der Ansicht, dass die Ausgaben sinnvoll sind und beantragen die Erhöhung der Ausgaben um Fr. 200 000.–. Es geht um das Megaphon. Die Schweiz hat die UNO Kinderrechtskonvention ratifiziert und muss ihren Inhalt somit verbindlich umsetzen. Dies beinhaltet unter anderem die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in allen Bereichen, von denen Kinder und Jugendliche betroffen sind. Beispielsweise handelt es sich dabei um Schulen, Familien, Bauten, Gemeindeangelegenheiten und die Freizeit. In einzelnen Bereichen, so beispielsweise im schulischen Bereich, gibt es bereits Projekte, jedoch besteht weiterhin grosser Verbesserungsbedarf. Partizipation ist etwas, das Kinder in ihrer Entwicklung und ihrem Selbstwert weiterbringt. Untersuchungen zeigen, dass Kinder, die sich früh beteiligen durften, im Erwachsenenleben aktiver bleiben, sie sind somit aktive Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und bleiben ihrer Gemeinde oder Stadt weiterhin verbunden. Die Kinder lernen die Demokratie kennen und sie lernen argumentieren. Das Megaphon basiert auf einem Auftrag dieses Parlaments. Damals wurde gesagt, dass eine verbindliche Partizipation in der Stadt notwendig ist. Dies wurde noch nicht umgesetzt. Das Megaphon hat wichtige Arbeit geleistet, es besteht jedoch Verbesserungsbedarf. Es braucht eine Stelle, die schaut, wie weit die Partizipationsmöglichkeiten entwickelt sind, Konzepte entwickelt und schaut, wie die Stadt Aspekte der Partizipation tatsächlich umsetzen kann. Dies kann beispielsweise ein Kinder- und Jugendparlament sein oder eine Planungsgruppe. Es braucht eine gewisse Budgetkompetenz und ein Antragsrecht. Eine Auftragsverlängerung ist wichtig, damit das Megaphon ein Konzept für eine verbindliche Festschreibung in der Gemeindeordnung ausarbeiten kann.

**Peter Schick (SVP):** Der Stadtrat wollte in diesem Konto 14,8 Stellen streichen, schuf aber gleichzeitig 10,8 Stellen in anderen Konten, so beispielsweise im Bereich Erwachsenenschutzmassnahmen und in der Bearbeitung des Kerngeschäfts. Es ist nicht tragbar, dass zwar der Wille zu Einsparungen besteht, aber gleichzeitig neue Stellen geschaffen werden, so dass insgesamt tatsächlich nur drei Stellen gestrichen werden. Wenn gespart werden soll, dann richtig. Die SVP fordert eine Kürzung des Budgets um 10 % und eine Nichtbesetzung der Abgänge. Die Quartierkoordination könnte ganz gestrichen werden.

**Christian Traber (CVP):** Die Mehrheit der RPK bittet Sie, dem Stadtrat zu folgen. Wir anerkennen, dass der Stadtrat Leistungsüberprüfungen durchführte und Stellen strich und an anderen Orten schuf. Wir teilen die Auffassung, dass Veränderungen passieren müssen. Wir können das Megaphon nicht weiterführen, gewisse Aspekte können jedoch in anderer Form weitergeführt werden. Als Präsident eines Quartiervereins kann ich sagen, dass manche Quartiervereine mit der Quartierkoordination nicht sehr glücklich sind. Wir in Leimbach sind sehr zufrieden mit der Quartierkoordination, es gibt jedoch auch unzufriedene Quartiere. Es ist wichtig, dass alle Quartierkoordinatoren sich an ihre Aufgabenbereiche halten und mit den Quartiervereinen zusammenarbeiten. Stadtrat Raphael Golta hat mir versprochen, das Problem anzugehen.



S. 364	<b>55</b> <b>5550</b> <b>3010 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>339.</b>	Antrag Stadtrat				70 270 000 87 000 N	Mehrheit Christian Traber (CVP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			2 200 000		68 157 000	Minderheit 1 Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP)
				200 000	70 557 000	Minderheit 2 Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL)
			7 000 000		63 357 000	Minderheit 3 Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
		Begründung:	SVP: Personal reduzieren; FDP: Streichung der Quartierkoordination, Aufgabe Karl der Grosse, Vermietung Restaurant; Grüne/AL: Weiterführung Megalphon			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2:

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(70 357 000)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(68 157 000)	21 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(70 557 000)	18 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(63 357 000)	<u>20 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

---

Antrag 340.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** *Wir ziehen unseren Kürzungsantrag zurück.*

26 / 46

S. 364	<b>55</b> <b>5550</b> <b>3091 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Aus- und Weiterbildung des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>340.</b>	Antrag Stadtrat				800 000 1 000 N	Mehrheit
			80 000		721 000	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Reduktion Weiterbildungen			

Roberto Bertozzi (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 341.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** *Wir passen uns mit unserem Kürzungsantrag an und beantragen eine Kürzung von Fr. 15 700.–. Der Betrag soll auf der Höhe des Betrags der Rechnung 2013 plafoniert werden. Die Einsparungen sollen bei der Anschaffung für neue Maschinen und Geräte für soziokulturelle Einrichtungen erfolgen, indem Maschinen länger in Gebrauch bleiben.*

**Felix Moser (Grüne):** *Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass der Betrag gerechtfertigt ist. Das Sozialdepartement erläuterte uns, dass die Maschinen und Geräte erst ersetzt werden, wenn dies tatsächlich notwendig wird.*

S. 364	<b>55</b> <b>5550</b> <b>3111 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>341.</b>	Antrag Stadtrat				140 000 3 000 N	Mehrheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

27 / 46

15 700

127 300 Minderheit

Martin Bürliemann (SVP)  
Referent, Dr. Urs Egger  
(FDP), Roger Liebi (SVP),  
Raphaël Tschanz (FDP)  
Samuel Dubno (GLP)

Enthaltung

Begründung: Plafonierung Rechnung 2013

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 008. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 15 700 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 342.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Bei diesem Konto geht es um Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterial. Wir beantragen eine Plafonierung des Betrags auf die Höhe der Rechnung 2013.

**Felix Moser (Grüne):** Auf diesem Konto wurde bereits ein geringerer Betrag eingestellt als im Vorjahr. Eine weitere Kürzung erachten wir nicht als sinnvoll.

S. 364 55  
5550  
3130 0000

**SOZIALDEPARTEMENT**  
**Soziale Dienste**  
**Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>342.</b>	Antrag Stadtrat			250 000 2 000 N	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		20 300		231 700	Minderheit	Martin Bürliemann (SVP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Plafonierung Rechnung 2013

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 57 Stimmen zu.

Antrag 343.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** *Wir ziehen unseren Kürzungsantrag zurück, da bereits Fr. 20 000.– eingespart wurden.*

S. 365	55 5550 3170 0000	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>343.</b>	Antrag Stadtrat				290 000	Mehrheit
			20 000		270 000	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung:	Plafonierung Budget 2014		
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Samuel Dubno (GLP)

Roberto Bertozzi (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 344.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Ursula Uttinger (FDP):** *Wir sind der Ansicht, dass der ursprünglich beantragte Gesamtbetrag eingespart werden sollte. Supervisionen sind immer wieder ein Thema. Bei uns machen wir Intervisionen. Diese sind sehr gut und hilfreich. Es müssen somit nicht immer externe Dritte hinzugezogen werden, um ein Thema verarbeiten und sich weiterentwickeln zu können. Ein weiteres Thema ist die Umsetzung von Evaluationen und Begleitungen verschiedener Projekte. Auch hier werden oft Dritte hinzugezogen, um etwas gegen interne Widerstände durchsetzen zu können. Wir sind der Ansicht, dass auch hier interne Lösungen möglich sind.*

**Felix Moser (Grüne):** *Die Mehrheit der RPK möchte den sozialen Diensten nicht vorschreiben, welche Form des Coachings sie wünscht. In vielen Fällen ist es sinnvoll, sich extern beraten zu lassen.*

S. 365	55 5550 3180 0000	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
344.	Antrag Stadtrat				1 500 000 15 000 N	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			98 500		1 416 500	Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Enthaltung Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP)
			Begründung: Statt Supervision, Team-/Einzel-Supervision/Coaching Interventionen durchführen, Untersuchungen auf das Notwendigste reduzieren			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 018. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 98 500 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 50 Stimmen zu.

Antrag 345.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Ursula Uttinger (FDP):** *Wir sind der Ansicht, dass weitere Fr. 120 000.– eingespart werden sollen. Die Einsparungen sollen bei der Fachstrategie für soziale Integration erfolgen. Dies soll intern geschehen. Bei der Organisationsentwicklung zu den Prozessen ist es ebenso wichtig, dies intern zu lösen und keine Dritten anzustellen, die erst lernen müssen, wie diese Prozesse funktionieren. Teilweise handelt es sich nur um Schreibarbeit, die intern erledigt werden kann.*

**Felix Moser (Grüne):** *Gewisse Angelegenheiten können intern gelöst werden, dafür bräuchte es jedoch neue Stellen. Dies scheint jedoch auch nicht erwünscht zu sein. Die Mehrheit der RPK will dem Antrag des Stadtrats folgen.*

S. 365	55 5550 3186 0000	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen

30 / 46

345.	Antrag Stadtrat	200 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		120 000	80 000	Minderheit Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP) Enthaltung Christian Traber (CVP)
	Begründung:	Grundsatz: Statt externer Beratung die interne Organisationsberatung etc. anfragen. Zudem: Streichung Projekt Prozessmanagement, Fachstrategie günstiger durchführen, evtl. teilweise interne Ressourcen nutzen		

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 020. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 120 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 50 Stimmen zu.

#### Antrag 346.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Peter Schick (SVP):** *Es geht um Beiträge an Private, die um etwa 10 % reduziert werden sollen. Dadurch soll die Attraktivität gesteigert werden, sich wieder eine neue Stelle zu suchen. Es soll sich wieder lohnen, einer Arbeit nachzugehen. Die Menschen sollen nicht auf das Geld warten, das von der Sozialbehörde kommt. Der Sozialindustrie muss Einhalt geboten werden. Steigende Ausgaben dürfen nicht länger auf dem Rücken des Mittelstands durchgesetzt werden. Dieser wird die Steuern eines Tages nicht mehr zahlen können. Es ist ein grosses Missbrauchspotential vorhanden und es werden falsche Anreize gesetzt.*

**Felix Moser (Grüne):** *Es geht um Sozialhilfe. Wir können diese nicht einfach reduzieren. Wir dürfen nicht bei den Ärmsten sparen.*

Weitere Wortmeldung:

**Mauro Tuena (SVP):** *Ich staune, wie schnell die Diskussion bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe geht. Es geht lediglich um die ausgezahlten Gelder, nicht um den dahinterstehenden Verwaltungsapparat. Eine grosse Tageszeitung brachte vor einigen Tagen eine eindrückliche Tabelle. Wenn man die pro-Kopf-Ausgaben für die Sozialhilfe in den verschiedenen Gemeinden anschaut, dann sieht man, dass die Ausgaben in der Stadt überdurchschnittlich hoch sind. Felix Moser (Grüne) sagt, man könne da nicht sparen. Dies ist falsch. Die Diskussion haben wir bereits geführt. Zürich zahlt neben dem von der SKOS festgelegten Betrag den Freiwilligenbetrag, der von diversen Gemeinden*



nicht bezahlt wird. Bei den rund 9400 Fällen handelt es sich um rund 15 000 sozialhilfempfangende Personen. Man kann ausrechnen, wie viel man da einsparen könnte. Es ist unbestritten, dass alle verstanden haben, dass die Missbrauchsquote bei aufgedeckten 5 % liegt, effektiv aber um einige Prozent höher liegt. Die Kürzung ist somit gerechtfertigt.

S. 365	<b>55</b> <b>5550</b> <b>3660 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Beiträge an Private</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>346.</b>	Antrag Stadtrat				321 350 000	Mehrheit
			25 000 000		296 350 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Grosses Missbrauchspotenzial, falsche Anreize			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 44 Stimmen zu.

#### Antrag 347.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Bei diesem Antrag geht es um Beiträge für die Betreuung von Kleinkindern. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage in der Stadt sind wir der Ansicht, dass die Kosten reduziert werden sollten. Wir beantragen deshalb die Reduktion des Betrags um Fr. 1 500 000.– Die Einsparungen sollen durch eine Sofortmassnahme zur Kostensenkung erreicht werden, wie dies bereits im Januar 2014 erfolgte.

**Felix Moser (Grüne):** Die Kleinkinderbetreuungsbeiträge werden aufgrund einer kantonalen Richtlinie ausbezahlt. Die Stadt hat hier keinen Handlungsspielraum. Die Mehrheit der RPK findet diese Beiträge sinnvoll, da damit junge Eltern ihre Kinder zu Hause betreuen können und sie nicht direkt nach der Geburt in eine Krippe geben müssen, um arbeiten gehen zu können.

32 / 46

S. 366	<b>55</b> <b>5550</b> <b>3660 0600</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Beiträge für Betreuung von Kleinkindern</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>347.</b>	Antrag Stadtrat				14 500 000	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			1 500 000		13 000 000	Minderheit Martin Bürliemann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Sofortmassnahme zur Kostensenkung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen zu.

#### Antrag 348.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Samuel Balsiger (SVP):** Die Gesamtkosten beim Personalaufwand sind surreal hoch. Ist das Eigenkapital aufgebraucht und wenn die Rekordsteuereinnahmen wegbrechen, werden die Linken die Steuern erhöhen wollen. Dies schnürt vielen Menschen finanziell die Kehle zu. Der Stadtrat wird gezwungen sein, Personen zu entlassen. Auch dies zerstört viele Existenzen. Es ist elementar, dass heute verantwortungsvoll gehandelt wird. Durch Prozessoptimierungen, weniger Bürokratie und Verzicht auf neue Projekte können mindestens 10 % des Personals eingespart werden. Auch Zeiteinsätze am Strichplatz können optimiert werden. Abgänge sollen nicht neu besetzt werden. Somit sind Entlassungen nicht notwendig.

**Ursula Uttinger (FDP):** Die FDP beantragte bereits letztes Jahr, die Betreuung bezüglich der Fallzahlen zu erhöhen. Wir hatten vor, nicht auszubauen, sondern zu reduzieren. Wir wollen, dass der Ausbau rückgängig gemacht wird.

**Felix Moser (Grüne):** Die Begründung von Samuel Balsiger (SVP) war surreal. Die Mehrheit der RPK sieht beim Strichplatz kein Optimierungspotential. Bei der Kinderbetreuung sehen wir auch kein Potential zur Optimierung oder Stellenreduktion.

Weitere Wortmeldungen:



**Walter Angst (AL):** Ich habe Ursula Uttinger (FDP) nicht ganz verstanden, glaube aber, dass die FDP zwei Stellen der sip streichen wollte und Überkapazität abbauen wollte. Uns fällt es schwer, bei diesem Posten eine sinnvolle Position zu beziehen. Es ist klar, dass hier die nicht von einem Grundsatzbeschluss gedeckten sip-Stellen enthalten sind. Diese belaufen sich auf rund vier bis fünf Millionen Franken. Wir haben bereits mehrfach diskutiert, dass es dringend eine Rechtsgrundlage für dieses Projekt braucht. Der Einsatz am Strichplatz ist durch den Grundsatzbeschluss nicht abgedeckt. Angesichts der verwirrenden Lage der Minderheiten, enthalten wir uns. STR Raphael Golta muss sich dieser Angelegenheit annehmen, wir brauchen eine Rechtsgrundlage.

**Mauro Tuena (SVP):** In den letzten drei Budgetdebatten wurde angekündigt, dass eine Rechtsgrundlage für die sip geschaffen würde. Ich stelle fest, dass die sip nicht nur für das, wofür sie ursprünglich mal geschaffen wurde, eingesetzt wurde. Jetzt ist sie auch beim Strichplatz und bei Asylbewerbern in den Unterkünften aktiv. Sie soll auch in anderen Kantonen eingesetzt werden. Dieser Zustand ist nicht tragbar. Vor einem Jahr wurde gesagt, dass das Geld für die sip dringend notwendig sei. Ein Vierteljahr später wurde gesagt, dass die Sicherheitsmassnahmen beim Strichplatz erhöht werden müssten. Dies hatte keine erhöhten Kosten zur Folge, da die sip intern an den Strichplatz verlegt wurde. Dies bedeutet, dass die sip an den Strichplatz geholt wurde, weil sie anderswo nicht gebraucht wird. Dies wirft die Frage auf, ob so hoch gepokert wurde oder ob es so viele Angestellte der sip gibt, dass an anderen Orten tatsächlich keine Auslastung besteht.

**Samuel Balsiger (SVP):** Ich verstehe, dass in einer Zeit der Euro- und Schuldenkrise, in der hunderte Milliarden Euro hin- und hergeschoben werden und Staaten um Geld betteln, es für manche Menschen nicht surreal anmutet, dass sich die Bruttopersonalkosten in einer Stadt mit 400 000 Einwohnern auf Fr. 2 800 000 000.– belaufen. Wo ist die Grenze erreicht? Offenbar besteht keine Bereitschaft zu Sparmassnahmen. Vielleicht leben wir in der falschen Zeit. Es ist surreal, dass eine kleine Stadt fast drei Milliarden Franken für Personalkosten ausgibt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Raphael Golta:** Wie ich anlässlich der Überweisung des entsprechenden Postulats hier im Rat sagte, arbeiten wir an einer Rechtsgrundlage und werden diese 2015 präsentieren.

S. 368	55 5560 3010 0000	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> Soziale Einrichtungen und Betriebe Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
348.	Antrag Stadtrat				47 293 600 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)

34 / 46

4 700 000	42 593 600	Minderheit 1	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
1 500 000	45 793 600	Minderheit 2	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Raphaël Tschanz (FDP)
		Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL), Christian Traber (CVP)
Begründung: FDP: Höhere Fallzahlen bei der Kinderbetreuung, Reduktion von Mitarbeitenden; SVP: Über Fluktuation auffangen, 2 SIP weniger am Strichplatz, Überkapazität abbauen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(47 293 600)	66 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(42 593 600)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(45 793 600)	<u>27 Stimmen</u>
Total		115 Stimmen
= absolutes Mehr		58 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 349.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** *Es geht um die Löhne von Teilnehmenden an Ersatzprogrammen. Wir sind der Ansicht, dass die Kosten um 10 % reduziert werden sollten. Deshalb beantragen wir die Kürzung des vorgesehenen Betrags um 10 %. Die Einsparungen sollen durch Beiträge von Privaten kompensiert werden.*

**Felix Moser (Grüne):** *Die Mehrheit der RPK sieht nicht ein, wie dieser Betrag von Fr. 786 200.– eingenommen werden soll.*

S. 368 55  
5560  
3011 0000

**SOZIALDEPARTEMENT**  
**Soziale Einrichtungen und Betriebe**  
**Löhne der Teilnehmenden an Einsatzprogrammen**

Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
--------------	------------------	--------	---------

35 / 46

349.	Antrag Stadtrat	7 862 400	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		786 200	7 076 200	Minderheit Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Mehr private Beiträge einfließen lassen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

## SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT

### Antrag 277.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Götzl (SVP):** Es geht um die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals und um einen budgetierten Betrag von Fr. 5 705 800.– Die Minderheit beantragt eine Kürzung von Fr. 500 000.– Das Lernen des Lehrens und der Lebensraum Schule findet in der Schule und nicht in der Verwaltung statt. In den letzten fünf Jahren sind die Lohnkosten in der Verwaltung um 24 % gewachsen. Die Schülerzahlen sind in derselben Zeit um 10 % gewachsen. Das Schul- und Sportdepartement ist der Ansicht, dass in der Verwaltung ein hohes Kostenbewusstsein vorhanden ist. Tatsächlich ist die Verwaltung jedoch überdimensioniert. Viele Stellen generieren Projekte, Reformen, Listen und Auswertungen. Dadurch gewinnt der Lehrerberuf nicht an Attraktivität. Die Lehrpersonen müssen immer mehr Administrations- und Projektaufwand generieren. Die Kapazität fehlt in diesen Fällen für das eigentliche Ziel, nämlich für guten Unterricht und viel Zeit für die Schülerinnen und Schüler. Die Fachstelle für Gewaltprävention muss zurückgebaut werden. Prävention geschieht nicht auf dem Papier, sondern im Unterricht und im Begegnungsraum Schule. Die Lehrperson als Vorbild und Bezugsperson vermittelt Partizipation, Respekt, Anstand und Regeln.

**Andrea Nüssli (SP):** Es geht um die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals und nicht um diejenigen der Lehrpersonen. In der Verwaltung sollen die Listen geführt werden. Aus den Antworten ist zu erfahren, dass mit den Ressourcen sehr sparsam umgegangen wird. Die Fachstelle für Gewaltprävention ist notwendig.



S. 322	<b>50</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b>				
	<b>5000</b>	<b>Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung</b>				
	<b>3010 0000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>277.</b>	Antrag Stadtrat				5 705 800 Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			500 000		5 205 800 Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Rückbau der Fachstelle für Gewaltprävention

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 41 Stimmen zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 278. und 279.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Götzl (SVP):** Es geht im Antrag 278. um budgetierte Fr. 57 000.– für Reise- und Spesenentschädigungen des Personals. Die Minderheit beantragt eine Kürzung um Fr. 19 300.– Die Fachstelle für Gewaltprävention soll zurückgebaut werden. In Antrag 279. geht es um budgetierte Fr. 309 600.– für die Entschädigung von Dienstleistungen Dritter. Wir sehen Einsparpotential bei der Fachstelle für Gewaltprävention. Dies wurde vorher begründet. Weiteres Einsparungspotential sehen wir beim NONAM.

**Andrea Nüssli (SP):** Im Antrag 278. geht es um Reise- und Spesenentschädigungen des Personals. Diesen Betrag beinahe halbieren zu wollen, ist nicht sinnvoll. Das NONAM lebt vom direkten Kontakt mit anderen internationalen Museen und Experten sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von indigenen Volksgruppen. Auch bei der Fachstelle für Gewaltprävention sind wieder alle Stellen besetzt. Auch dies generiert Spesen. Deshalb ist der Betrag gerechtfertigt. Im Antrag 279. geht es um Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter. Das NONAM und die Fachstelle für Gewaltprävention brauchen die Unterstützung durch Dritte, um ihre Arbeit und die Ausstellungen durchführen zu können. Unter Anderem handelt es sich dabei um Gewerbebetriebe, wie zum Beispiel Schreinerarbeiten, die in den Ausstellungsräumen gemacht werden müssen. Im Vergleich zum Budget 2014 wurden bereits beinahe Fr. 100 000.– weniger ins Budget eingestellt. Die Kürzung ist somit unrealistisch.

37 / 46

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Manchmal kann man auch anhand der kleinen Zahlen sehen, wie liederlich mit dem Geld in der Stadt umgegangen wird. Wenn man von Milliarden oder hunderten Millionen spricht, können sich die meisten Menschen nichts darunter vorstellen. Deshalb ist es manchmal gut, kleine Zahlen zu haben. Es ist erstaunlich, dass die Linken keine Einsparungsmöglichkeiten sehen. Andrea Nüssli (SP) sagte, dass bei der Vergütung von Reisespesen keine Einsparungsmöglichkeiten bestünden. Das Budget 2014 besitzt keine Relevanz für die Beurteilung der Daten. Wenn man sich das Budget 2013 anschaut, sieht man, dass die Reisespesen damals rund Fr. 41 000.– betragen. Die Einsparung bei den Reisespesen ist somit gerechtfertigt. 2013 musste auf nichts verzichtet werden. In den kleinen Zahlen sieht man die Tätigkeit der Verwaltung. Hier könnten wir anfangen zu sparen.

**Andrea Nüssli (SP):** Wir haben die Zahlen auch im Kleinen geprüft. Wir haben zu den Reisekosten Fragen gestellt. Die Kontakte, von denen das NONAM lebt, können nur durch die Reisen hergestellt werden. Das NONAM ist eine sehr beliebte Institution bei den Schülerinnen und Schülern.

S. 323	50 5000 3170 0000	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
278.	Antrag Stadtrat				57 000 Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			19 300		37 700 Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: NONAM und Fachstelle Gewaltprävention

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 017. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung 19 300 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

---

Antrag 279.

Wortmeldungen siehe Antrag 278.

S. 323	<b>50</b> <b>5000</b> <b>3180 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>279.</b>	Antrag Stadtrat				309 600	Mehrheit
			169 000		140 600	Minderheit
						Andrea Nüssli (SP) Referent in, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: NONAM und Fachstelle Gewaltprävention

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 018. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 169 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

#### Antrag 280.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Cordula Bieri (Grüne):** Es geht um die Beiträge an die Pestalozzigesellschaft. Wir stellen den Antrag, den Betrag um Fr. 125 000.– zu erhöhen und dadurch die Bibliothek in Seebach zu erhalten. Die Bibliothek ist ein fester Bestandteil des Quartiers. Dies zeigt nicht zuletzt die lancierte Petition, die in kürzester Zeit von über 1000 Seebacherinnen und Seebachern unterschrieben wurde. Da es momentan keinen adäquaten Ersatz für das Quartier gibt, finden wir, dass die Bibliothek bis auf Weiteres erhalten bleiben sollte.

**Andrea Nüssli (SP):** Wir haben uns lange überlegt, wie wir uns zu diesem Abbau dieser Bibliothek in Seebach positionieren sollen. Wir haben uns jedoch überzeugen lassen, dass die Pestalozzigesellschaft eine sinnvolle Strategie besitzt. Die kleinen Bibliotheken sollen in der Stadt zugunsten des Ausbaus von grösseren Bibliotheken geschlossen werden. Es ist verständlich, dass die Seebacherinnen und Seebacher die Petition unterschrieben haben. Es spricht jedoch niemand davon, dass auch die Schulbibliothek ein sehr breites Angebot bietet. Dieses kann ausgebaut werden. Schulbibliotheken haben viel breitere Öffnungszeiten. Für die Erwachsenen ist es ein gutes Angebot, wenn sie nach Oerlikon gehen und dort die Bibliothek benutzen können.



40 / 46

281.	Antrag Stadtrat	258 500	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		100 000	158 500	Minderheit Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurück auf Budget 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

---

#### Antrag 282.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Walter Angst (AL):** *Es besteht ein ausgewiesener Mehrbedarf an Kinderbetreuung und anderen Leistungen, die vor Ort angeboten werden. Wir stellen fest, dass der Aufwand im Verwaltungsbereich in den letzten drei Jahren erheblich gewachsen ist. Sowohl in der zentralen Verwaltung, als auch in den Kreisschulpflegen wird ausgebaut. 2012 gab es 160,4 Stellen, 2015 handelt es sich bereits um 178,1 Stellen. Unserer Meinung nach ist es nötig, insbesondere im Verwaltungsbereich zu überprüfen, was notwendig ist. Der Ausbau muss kompensiert werden. Es scheint eines der Hauptprobleme zu sein, dass die Verwaltung auf allen drei Ebenen ausgebaut wird. Insgesamt kann sich die Stadt dies nicht leisten. Wir brauchen die Ressourcen in den Schulzimmern und nicht in der Verwaltung.*

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Wir beantragen eine Kürzung von Fr. 12 000 000.– Es klingt nach viel, die Rechnung 2013 lag Fr. 13 000 000.– tiefer als das Budget 2015. Fr. 30 000 000.– wird für Hausdienste und Reinigungen eingesetzt, wir sind uns sicher, dass dort bis zu einem gewissen Grad Einsparungsmöglichkeiten bestehen. Für die Verwaltung und den Support ist ein Betrag von Fr. 19 000 000.– eingestellt. Wir haben dort eine Vergrößerung von 10 Vollzeitstellen, 6,7 Vollzeitstellen beziehen sich auf die Tagesschulen. Darauf werden wir noch zurückkommen, dort sehen wir Kürzungsbedarf. Es ist viel zu viel Personal vorhanden, es besteht viel Zeit für Reformen, die Therapeutisierung der Volksschule, für Studien und Projekte. Der grösste Posten ist im Bereich Betreuung mit Fr. 97 000 000.– budgetiert. Der Staat ist nicht die bessere Familie, der Staat ist überfordert, wenn er für alle sorgen muss. Die Idee, dass zunächst die Familie leistet und im Falle der Überforderung derselben, erst die Nachbarschaft mithilft, danach die Kommune und erst zum Schluss der Bund Verantwortung übernimmt, funktionierte während vieler Jahrhunderte. Heute soll der Staat alles finanzieren. Dies kann nicht funktionieren. Es gibt genug Staaten, die zeigen, dass dies nicht funktioniert. Wir*



wollen zurück zu den Werten und wir wollen das Angebot verknappen. Das Lohnniveau bewegt sich auf Fr. 104 000.– pro Vollzeitstelle. Auch dort kann man reduzieren.

**Andrea Nüssli (SP):** Die Mehrheit ist der Meinung, dass der Stadtrat das Geld gut eingestellt hat. Wir wollen die Betreuung bedarfsgerecht ausbauen. Wir besitzen die gesetzliche Grundlage für den Ausbau. Die überwiesenen Postulate zu den Schulsekretariaten und die Umsetzungen der Motionen zu den Tagesschulen brauchen die entsprechenden Ressourcen, um das grosse Projekt Tagesschule 2025 umzusetzen. Es braucht Ressourcen in der Verwaltung und den Kreisschulpflegen. Diese kümmern sich nicht nur um das Projekt, der Bedarf besteht bereits seit langem. Die Schreibearbeiten in den Schulhäusern müssen nicht durch die Schulleitungen erledigt werden. Das weitreichende Schulentwicklungsprojekt soll lanciert werden können. Die grosse gesellschaftliche Veränderung, durch die Beruf und Familie vereinbar werden, möchte ich mit ausreichenden Ressourcen in diesen Bereichen unterstützen. Dies muss richtig aufgegleist und genügend evaluiert werden, damit es zum Erfolg geführt werden kann.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die FDP ist der Ansicht, dass es in diesem Bereich möglich ist, die Kosten zu senken. Wir schliessen uns der Minderheit 1 an, haben jedoch eine andere Begründung. Wir wollen den Aufwand insgesamt reduzieren. Wir wollen für ein Pilotprojekt im Bereich Tagesschulen nicht weniger Geld einsetzen, die Schulleitungssekretariate erscheinen uns sinnvoll.

**Dr. Mario Babini (Parteilos):** Ich habe mir die Zahlen über einen längeren Zeitraum hinweg angeschaut. Die Totalausgaben beispielsweise besitzen eine Wachstumsrate über die letzten fünf Jahre von 2,3 %. Die Ausgaben für die Administration weisen jedoch ein Wachstum von 5,3 % auf. Die Probleme der Stadt werden nicht durch die Administration gelöst, sondern von den Personen, die an der Front arbeiten. Ich schliesse mich deshalb der Minderheit 1 an.

S. 329		SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
50		Schulamt			
5010		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
3010 0000		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
282.	Antrag Stadtrat			161 648 400	Mehrheit Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
		650 000		160 998 400	Minderheit 1 Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP)
		12 000 000		149 648 400	Minderheit 2 Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
					Enthaltung Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: SVP: Betreuung auf privater Basis attraktiver machen;  
AL/GLP: Plafonierung Verwaltungskosten. Teil-Kompensation der budgetierten Verwaltungskosten Tagesschul-Pilot (Fr. 420 000), Schulleitungsekretariate (Fr. 250 000), Verwaltungsressourcen KSP (Fr. 250 000)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(161 648 400)	58 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(160 998 400)	43 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(149 648 400)	<u>22 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 58 gegen 46 Stimmen zugestimmt.

---

### Antrag 283.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Es geht um die Löhne für Lehrkräfte. Wir beantragen eine Kürzung von Fr. 5 000 000.– Über dieses Konto werden nur 150 Lehrkräfte bezahlt. Die weiteren Personen, die über dieses Konto bezahlt werden, sind Logopäden und andere Therapeuten. Es ist ein übermässiges Wachstum. Seit 2010 sind sowohl die Schülerzahlen, als auch die Anzahl der Lehrkräfte um 11 % gewachsen. Die Personalkosten haben sich im selben Zeitraum um 23 % erhöht. Wir sind auf einem Lohnniveau von Fr. 147 000.– pro Einzelstell. Es bestehen somit gute Einsparungsmöglichkeiten.

**Samuel Dubno (GLP):** Wir beantragen eine Verbesserung um Fr. 240 000.– Uns geht es primär um den Abbau der Stellen von Therapeutinnen und Therapeuten über die natürliche Fluktuation. Das Therapieangebot ist in Zürich zu gross.

**Andrea Nüssli (SP):** Die lineare Steigerung der Lehrpersonen ist korrekt. Wir haben eine integrative Förderung, die es früher nicht gab. Dass die Stellen durch Fluktuation

*nicht ersetzt werden sollen, ist problematisch. Wer soll entscheiden, welches Kind weiter therapiert werden soll, wenn die Therapeutin weggeht? Die Streichung von Stellen mit dem Ziel weniger Therapien anzubieten ist nach wie vor problematisch.*

S. 329	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3020 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Löhne der Lehrkräfte</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>283.</b>	Antrag Stadtrat				90 326 800	Mehrheit
			5 000 000		85 326 800	Minderheit 1
			240 000		90 086 800	Minderheit 2
			Begründung: GLP/CVP: Zurückhaltung bei Therapien und Abbau von 3 Therapeutenstellen über die natürliche Fluktuation; SVP/FDP: Abbau von Therapie- und Betreuungspersonal			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(90 326 800)	61 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(85 326 800)	41 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(90 086 800)	<u>20 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 61 gegen 41 Stimmen zugestimmt.

---

Antrag 284.

Kommissionsreferentin:

**Rebekka Wyler (SP):** Die RPK kam einstimmig zum Schluss, dass das Projekt weniger aufwändig umgesetzt werden sollte.

S. 329	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3028 0000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Entschädigungen für Verwaltungstätigkeit</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>284.</b>	Antrag Stadtrat		26 000		3 964 200 3 938 200	Zustimmung
						Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: ICT-Guide-Projekt weniger aufwendig umsetzen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 285.

Kommissionsreferentin:

**Rebekka Wyler (SP):** Die RPK hat die Antworten des Departements studiert. Im Antrag 285. geht es um einen Tabellenantrag. Aufgrund der Antworten kamen wir zum Schluss, dass die Falschbudgetierung korrigiert werden kann. Beim Antrag 286. kam die Kommission einstimmig zum Schluss, dass wir zur Höhe des Budgets 2014 zurückkehren können.

S. 329	<b>50</b> <b>5010</b> <b>Tabelle</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Korrektur Budgetantrag Schulamt</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>285.</b>	Antrag Stadtrat				Gemäss Budgetentwurf 2015 inkl. Nachtrag	

356 500

Zustimmung Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: Falschbudgetierung korrigieren, das Heimatkunde-Lehrmittel soll kostenneutral realisiert werden, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

Konto	Kontobezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
3080 0000	Entschädigungen für temporäre Arbeitskräfte	149 000		50 000	99 000
3091 0000	Aus- und Weiterbildung des Personals	2 620 900		15 000	2 605 900
3101 0000	Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungsk.	232 200		20 000	212 200
3170 0000	Reise- und Spesenentschädigungen Personal	361 900		1 500	360 400
3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter	4 840 700		50 000	4 790 700
3186 0000	Entschädigungen für Projektbegleitung Dritter	475 500		20 000	455 500
3189 0000	Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter	275 000		150 000	125 000
3910 0000	Vergütung an OIZ für IT-Leistungen	8 576 400		50 000	8 526 400
	<b>Total</b>	<b>17 531 600</b>		<b>356 500</b>	<b>17 175 100</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

### Antrag 286.

Wortmeldungen siehe Antrag 285.

S. 330 **50** **SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT**  
**5010** **Schulamt**  
**3119 0000** **Anschaffungen übrige Mobilien**

		Verbesserung	Verschlech-terung	Betrag		Stimmen
<b>286.</b>	Antrag Stadtrat	65 000		401 100 336 100	Zustimmung	Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: Zurück auf Budget 2014, Fr. 40 000 pro Schulkreis

46 / 46

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

---

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 36, Beschluss-Nr. 577/2014).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat